

*Hans-Peter Kuhn, Karin Weiss, Hans Oswald (Hrsg.) 2001: Jugendliche Wähler in den neuen Bundesländern.*

*Eine Längsschnittstudie zum Verhalten von Erstwählern bei der Bundestagswahl 1998, Opladen, Leske + Budrich,*

In den letzten beiden Jahrzehnten hat die sozialwissenschaftliche Jugendforschung eine erstaunliche Konjunktur erfahren. Die Anzahl der Artikel, Bücher und Studien ist nicht mehr zu überblicken. Dennoch hat diese Entwicklung kaum zu mehr Wissen über die Jugend geführt. Denn immer noch sind die methodischen Standards der Jugendforschung höchst unterschiedlich und ihre Ergebnisse schwer miteinander zu vergleichen. Versuche, empirische Befunde theoretisch zu interpretieren oder wenigstens mit Theorien zu verbinden finden sich eher selten, ebenso Längsschnittstudien, die allein Aussagen über Entwicklungen oder Trends zulassen würden. Vor diesem Hintergrund nimmt die Studie der Brandenburger Forschergruppe eine besondere Stellung ein. Sie untersucht die Entstehung von politischen Einstellungen und politisch relevanten Verhaltensbereitschaften und Verhaltensweisen von Jugendlichen im Alter von 15 und 16 Jahren im Längsschnitt über den Zeitraum von drei Jahren bis zum Erreichen des Wahlalters. Im Zentrum stehen Einstellungen zur Demokratie und Politik, aber auch Faktoren wie soziales Engagement, Gewaltbereitschaft, Einstellungen zu Ausländern und zur Gleichberechtigung der Frau. Dabei werden drei wissenschaftliche Traditionen miteinander verknüpft: die klassische Wahlforschung, die politische Sozialisationsforschung sowie die Transformationsforschung insoweit sich die Analyse allein auf Stichproben Brandenburger Jugendlicher bezieht. Gerade der letzte Beitrag, in dem es um den Prozess der Identifikation von Jugendlichen auf dem Gebiet der ehemaligen DDR mit der Demokratie der Bundesrepublik geht, ist für die Situation und Entwicklung schulischer politischer Bildung in den neuen Bundesländern von besonderem Interesse.

Die Forschergruppe hat sich dafür entschieden, die Ergebnisse nicht in Form einer Monographie unter einer gemeinsamen Autorenschaft vorzulegen, sondern die einzelnen Kapitel und Themenfelder werden von ein oder zwei Autoren verfasst und verantwortet. Dies hat Vor- und Nachteile. Einerseits wird auf diese Weise die „Handschrift“ der jeweili-

gen Autoren deutlich, andererseits scheinen, trotz durchgängiger Fragestellung, die einzelnen Kapitel nicht immer einer einheitlichen Strategie der Auswertung und Interpretation zu folgen. Da es nicht möglich ist, auf alle Beiträge und ihre Ergebnisse einzugehen, sollen die Erwähnung finden, die für die Politischen Bildung von besonderem Wert sind. Wie die meisten empirischen Jugendstudien kommt auch die „Brandenburg Studie“ zu dem Schluss, dass Jugendliche der 10. Klasse sich nur mäßig für Politik interessieren. Das dürfte kaum überraschen. Jedoch wird dabei empirisch belegt, was bisher nur vermutet wurde, dass Jugendliche im Alter von 16 Jahren sich im Prozess der politischen Identitätsbildung befinden, auch wenn „insgesamt das politische Wissen nicht umfangreich und politische Überzeugungen nicht gefestigt sein dürften.“ Besondere politische Ereignisse, wie Wahlkämpfe, haben in dieser Entwicklungsphase eine aktivierende Wirkung. Das politische Kompetenzbewußtsein, die Demokratiezufriedenheit und das Vertrauen in Politiker und politische Institutionen steigen an. Eine solch „sensible Phase“ dürfte der Politikunterricht sich nicht entgehen lassen, zumal Lehrerinnen und Lehrer wohl noch immer dem Vorurteil unterliegen, Wahlkämpfe würden das Gegenteil bewirken und zur Politikverdrossenheit beitragen. Ihre positive Wirkung gilt allerdings nur für die Jugendlichen, die eine prinzipielle Wahlbereitschaft äußern. Nichtwähler dagegen sind nicht nur politikverdrossen, sondern auch desinteressiert und uninformatiert. Daraus aber den Schluss zu ziehen, dass diese Wahlberechtigten der Wahl fernbleiben sollten, weil sie ihre Wahlentscheidung aus wenig rationalen Gründen zu treffen pflegten (247), erscheint problematisch. Zum einen treffen auch informierte und interessierte Wähler ihre Wahlentscheidungen häufig aus wenig rationalen Gründen, zum anderen ist es gerade ein Kennzeichen westlicher Demokratien, dass die Stimme der Desinteressierten oder Politikverdrossenen den gleichen Wert hat, wie die der Interessierten und Engagierten. Bei der Frage nach dem Zustandekommen von langfristigen Parteibindungen und kurzfristigen Wahlentscheidungen bestätigt die Studie die bekannten Ergebnisse der Wahlforschung. Interessant ist dann wieder, dass nur eine Minderheit (5,8%) der Erstwähler in der Stichprobe sich für rechtsextreme Parteien (DVU, NPD, Republikaner) entschieden. Bedeutsam und anregend für weitere Forschungen

ist der Tatbestand, dass die Forschergruppe empirische Belege dafür gefunden hat, dass im Spektrum des Rechtsextremismus der Einfluss der Gleichaltrigen besonders groß ist. Insgesamt kommt die Studie zu dem Ergebnis, dass für die Entwicklung von politischer Identität zwischen 10. Klasse und Volljährigkeit vor allem die Sozialisationskontexte Eltern, Gleichaltrigen und Schule eine wichtige Bedeutung haben und sich gegenseitig beeinflussen. Auch wenn hier im Zusammenhang von Schule im wesentlichen der Einfluss von Bildungsgängen gemeint ist, so lässt sich aus dieser Untersuchung doch der Schluss ziehen, dass die Wirkung von Schule und Unterricht bei der Herausbildung der politischen Identität von Jugendlichen größer ist, als bisher angenommen und dass die Schule im allgemeinen und der Politikunterricht im besonderen diese Chance nicht verpassen sollte.

Peter Massing

*Detlef Oesterreich: Politische Bildung von 14-Jährigen in Deutschland. Studien aus dem Projekt Civic Education. Opladen: Leske+Budrich 2002*

Das Berliner Max-Planck-Institut für Bildungsforschung hat die deutsche Teil- und Ergänzungsstudie zur internationalen Civic Education Studie der International Association for the Evaluation of Educational Achievement (IEA) durchgeführt, über die Detlef Oesterreich hier berichtet. Die Befragungen fanden 1999 statt – in 28 Ländern wurden insgesamt 94000 Schüler und Schülerinnen erreicht, davon 3700 in Deutschland. Das Unternehmen verdient Bewunderung und das Buch sei nachdrücklich zur Lektüre empfohlen!

Die deutschen Ergebnisse werden in den internationalen Vergleichszusammenhang gestellt, was die Möglichkeit zu Fragestellungen und Interpretationen eröffnet, die nur solche international angelegte Forschung bietet. Zwei Beispiele: Deutsche Jugendliche äußern im internationalen Vergleich eine unterdurchschnittliche politische Beteiligungsbereitschaft – und noch stärker ist der Unterschied bei der Bereitschaft zu sozialen Aktivitäten. Viel größer als in reichen Industrieländern sind diese Bereitschaften in ärmeren Ländern Süd- und Osteuropas – hier zeigt sich die Bedeutung des gesellschaftlichen Kontextes: Unterschiedliche soziale Strukturen mögen reale und mentale

Konsequenzen haben. Merkwürdig ist dabei, dass – ganz unabhängig vom internationalen Vergleich – diese schwachen Ergebnisse in Deutschland bisher die Öffentlichkeit gar nicht beunruhigt haben – als sei Demokratie eine fest gegründete Selbstverständlichkeit, die unabhängig von ihrer Verankerung in der jungen Bevölkerung existieren könne. – Ein zweites Beispiel dafür, dass der internationale Vergleich zur Selbstklärung beitragen kann: Nationale Identifikation ist in Deutschland weniger ausgeprägt als in anderen Ländern und geht in Deutschland eher mit ausländerfeindlichen Einstellungen einher, während in anderen Ländern nationale Identifikation eher positiv mit der Befürwortung der Rechte von Ausländern korreliert – dieser unterschiedliche Stellenwert erklärt sich durch die deutsche Geschichte. Solche Einflussfaktoren zeigen, dass Untersuchungen zur politischen Bildung einen anderen Stellenwert haben müssen als Leistungsmessungen z.B. der Lesekompetenz (vgl. PISA 2000).

Einige Ergebnisse sind in sehr direktem Sinne für die didaktische Diskussion relevant. Die Schülerbefragung (ähnlich auch die frühere Expertenbefragung) zeigt, dass die Frage der Gewalt mehrheitlich normativ gesinnungsethisch angegangen wird und deshalb kein Verständnis für die Notwendigkeit des staatlichen Gewaltmonopols als struktureller Voraussetzung für innergesellschaftlichen Frieden gegeben ist – das ist eine Aufforderung zur Bearbeitung im Unterricht!

Die Ergebnisse werden übersichtlich und verständlich dargestellt – Zusammenfassungen am Ende von Kapiteln und eine Gesamtzusammenfassung als „Bilanz“ erleichtern die Kenntnisnahme. Der Leser wird über die Entstehung und Anlage der Untersuchung so informiert, dass je nach Interessenlage Schwerpunkte bei der Lektüre gesetzt werden können. Auch Nicht-Empirikern wird der interessante Anhang zu Skalenbildungen und statistischen Verfahrensweisen zugänglich sein!

Für die zukünftige empirische Arbeit bleibt anzumerken, dass für politische Bildung noch kein Kompetenzbegriff erreicht ist (besonders im Blick auf Konfliktfähigkeit als genuin politische Teilkompetenz), der voll überzeugt. Die Arbeit an einem normativ gehaltvollen und operationalisierungsfähigen Kompetenzbegriff sei als Hoffnung und Forderung dem Max-Planck-Institut für Bildungsforschung aufgegeben!

Sibylle Reinhardt